

## Resolution: Für eine ehrliche Entwicklungspolitik

Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat seit dem Regierungswechsel zwar überzeugende Konzepte zur Vorbeugung internationaler Konflikte, Bekämpfung von Armut und Hunger, jedoch ist es deswegen in finanzieller Hinsicht keinen Deut aufgewertet worden. Das internationale vereinbarte Ziel, 0,7% des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfen aufzuwenden wird auch unter Rot-Grün noch nicht einmal zur Hälfte erreicht. Im Rahmen des Eichel'schen Sparprogrammes wurde der Etat 1999 sogar noch einmal gekürzt. **Ein beschämender Zustand.**

Trotz allem hat die neue Entwicklungspolitik erste Erfolge aufzuweisen:

Die **Entschuldungsinitiative** der Bundesregierung für die 36 Ärmsten Länder der Welt ist endlich auf den Weg gebracht.

Mit der Einführung des **zivilen Friedensdienstes** werden Strukturen für friedliches Konfliktmanagement geschaffen. Mit Vermittlung vor Ort, vertrauensbildenden Maßnahmen und Entwicklungspolitik lässt sich in jedem Falle mehr erreichen, als mit Drohungen und Bomben. Mit 17 Mio. DM (dem Gegenwert von 20 Lenkbomben aus dem Kosovokrieg) ist aber auch der zivile Friedensdienst von vorne herein unterfinanziert. Außen und Verteidigungspolitik (wenn letztere schon neuerdings auch außerhalb Deutschlands stattfinden muss...) haben sich entwicklungspolitischen Zielen unterzuordnen und nicht umgekehrt.

Eine **entwicklungspolitische Ausrichtung** internationaler Organisationen, vor allem des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Welthandelsorganisation (WHO) ist überfällig. Es kann nicht angehen, dass an vielen Stellen entwicklungspolitische Bemühungen der Weltbank und anderer Organisationen von IWF und WHO konterkariert werden. Langfristig ist die Zusammenlegung von IWF und Weltbank zu überlegen.

Trotz besserer Koordination der Entwicklungspolitik auf europäischer Ebene lässt die EU eine kohärente entwicklungspolitische Strategie für die unmittelbaren Anrainerstaaten vor allem im Mittelmeerraum vermissen. Diese Länder sind ökonomisch von der EU hochgradig abhängig, ein EU-Beitritt scheint jedoch auf absehbare Zeit nicht möglich. Es bedarf also einer einheitlichen Strategie, die diesen Ländern politische wie wirtschaftliche Perspektiven bietet. Wir Juntos wollen:

- Die Massive Ausweitung von **Demokratie und Menschenrechtsprojekten** (bisher lediglich 20Mio.\$ pro Jahr) vor allem Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen.
- Die sofortige **Einstellung von Rüstungsprojekten** in der Region (Zur Zeit wird vor allem von den USA mehr Rüstungshilfe als Entwicklungshilfe aufgebracht.).
- Ein **einheitliches Auftreten** der europäischen Staaten bei den regionalen Konflikten (Westsahara, Wasser, Palästina/Israel) und Verzicht auf kleinliche nationale Interessen, vor allem der ehemaligen Kolonialmächte.
- Das Zugeständnis **freien Marktzutrittes** für Güter aus Entwicklungsländern.
- Eine Verpflichtung der Europäischen Zentralbank auf die Verteidigung der von ihr stark abhängigen Währungen **gegen Spekulationsangriffe**.
- Die Förderung **regionaler Zusammenschlüsse** ähnlich der Maghreb-Union.
- Erleichterte Einreisebestimmungen in die EU, Austauschprogramme und die Förderung **zivilgesellschaftlicher Kontakte** auf allen Ebenen, um kulturelle Missverständnisse und Ängste abzubauen.